



## PRESSEMITTEILUNG der EU-Drogenbeobachtungsstelle in Lissabon

---

### JAHRESBERICHT 2004: 10 JAHRE BERICHTERSTATTUNG

#### Informationen zu Drogen in der erweiterten Union nach Aussagen der EBDD immer zuverlässiger

(25.11.2004 LISSABON **VERÖFFENTLICHUNG GESPERRT BIS 10.00 UHR MEZ/Brüsseler Ortszeit**)

Die nunmehr verfügbaren Informationen zur europäischen Drogensituation sind immer zuverlässiger, so die **EU-Drogenbeobachtungsstelle (EBDD)** heute bei der Vorstellung ihres **Jahresberichts 2004 zum Stand der Drogenproblematik in der Europäischen Union und in Norwegen** in Brüssel.

Diese Aussage erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem die EU-Einrichtung auf ihre ersten 10 Jahre der Berichterstattung zurückblickt und den ersten konsolidierten Überblick über das europäische Drogenphänomen in 26 Ländern – vom Atlantik bis zur russischen Grenze – bietet. Im letzten Jahrzehnt hat die **EBDD** gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an der Entwicklung von Instrumenten zur Datenerhebung und von Indikatoren gearbeitet, um den Ländern für die Beschreibung des Drogenphänomens eine „gemeinsame Sprache“ an die Hand zu geben. Darüber hinaus hat sie die Schaffung nationaler Drogenbeobachtungsstellen europaweit unterstützt. Diese spielen heute eine entscheidende Rolle bei der Erhebung und Interpretation von Daten, die für eine erfolgreiche Politik erforderlich sind.

**Georges Estievenart, Direktor der EBDD**, erklärt: „Nach beinahe 10 Jahren verfügen wir nunmehr über ein tieferes und breiteres Verständnis der Drogensituation in Europa und der Antworten auf dieses Problem. Die nachhaltige Datenerhebung in den letzten Jahren hat es uns ermöglicht, allgemeine Anzeichen für eine Stabilisierung bzw. Schwankungen in den Trends genau zu erkennen, sie hat uns jedoch auch die Augen für spezifischere Probleme in Subgruppen, Regionen und Gemeinden geöffnet. Nun hat die Beobachtung eines größeren geografischen Gebietes neue Erkenntnisse und Dynamiken ans Licht gebracht, die einige unserer bisherigen Annahmen über die Beschaffenheit und Richtung der Trends in Frage gestellt haben. Alles in allem tragen unsere Investitionen in Beobachtungsaktivitäten nun Früchte, sodass wir die Ähnlichkeiten und Unterschiede bei aufkommenden Drogenproblemen innerhalb der Union mit Zuversicht erörtern können.“

Zu den allgemeinen Beobachtungen hinsichtlich des Drogenproblems in Europa, die in dem heute vorgestellten Bericht hervorgehoben werden, zählen die deutliche Stabilisierung des Heroin- und injizierenden Drogenkonsums. Diesem stehen der gestiegene Konsum anderer Substanzen wie Kokain, Cannabis und Ecstasy sowie die Tatsache gegenüber, dass viele junge Menschen in Europa heute regelmäßig oder intensiv eine Kombination von Substanzen konsumieren. Seit dem Jahr 2000 ist ebenfalls ein allgemein rückläufiger Trend bei drogenbedingten Todesfällen festzustellen, wenngleich diese Entwicklung in einigen der **neuen EU-Staaten** ins Gegenteil umschlagen könnte, sofern nicht unverzüglich entsprechende Maßnahmen getroffen werden (siehe die heutigen Pressemitteilungen Nr. 8 – „Schwerpunkte“ und Nr. 9 – „Ausgewählte Themen“).

Inzwischen können deutliche Unterschiede in anderen Bereichen wie Infektionskrankheiten beobachtet werden. Laut dem Bericht verzeichnen einige der **neuen EU-Mitgliedstaaten** die am schnellsten ansteigenden HIV-Infektionsraten in der Welt, während sich die Zahlen in den bisherigen Mitgliedstaaten unter den injizierenden Drogenkonsumenten im Allgemeinen stabilisiert haben. In den meisten der **mittel- und osteuropäischen Länder** ist die HIV-Prävalenz unter injizierenden Drogenkonsumenten mit weniger als 1 % durchschnittlich immer noch niedrig (z. B. in der **Tschechischen Republik**, in **Ungarn**, **Slowenien** und in der **Slowakei**); ähnliche Ergebnisse liegen für die benachbarten **EU-Kandidatenländer – Rumänien und Bulgarien** vor.

Obwohl eine epidemische Ausbreitung in diesen Ländern bisher verhindert wurde, könnte laut Aussagen des Berichts der potenzielle Anstieg des injizierenden Drogenkonsums dazu führen, dass die Prävalenz von HIV-Infektionen und Hepatitis in naher Zukunft zunimmt, sofern keine ausreichenden Präventionsmaßnahmen getroffen werden.

Die erhöhte Fähigkeit zur Trendbeobachtung schlägt sich nun in der schnelleren und angemesseneren Ausarbeitung von politischen Optionen und Gegenmaßnahmen nieder, so die **EBDD**. So wurde z. B. aufgrund der Daten über die Verbreitung von HIV aus dem letzten Jahr eine Reihe neuer Antworten in Ländern gefunden, in denen die HIV-Infektionsraten im Jahr 2001 ihren Höchststand erreichten.

**Estland** und **Lettland** berichten z. B. über die schnelle landesweite Verbreitung von Nadel- und Spritzenaustauschprogrammen. Sie berichten des Weiteren über den jüngsten Rückgang der HIV-Inzidenzraten unter injizierenden Drogenkonsumenten – wenngleich diese weiterhin sehr hoch bleiben.

Die bessere Beobachtung von Trends im Bereich der politischen Maßnahmen hat darüber hinaus auch zu den nationalen Drogenstrategien beigetragen, welche die meisten europäischen Länder verabschiedet haben (siehe den Abschnitt „Nationale Politiken“ weiter unten). Die **neuen EU-Mitgliedstaaten**, die eine solche Strategie im letzten Jahr angenommen haben – z. B. die **Tschechische Republik, Estland, Lettland und Litauen** – konzentrieren sich alle auf die Verbesserung der Behandlung und die Reduzierung von Risiken und befinden sich damit im Einklang mit der Drogenstrategie der EU. Zwar steigt das Angebot an Drogendiensten in diesen Ländern, jedoch sind Kapazitäten und Reichweite nach wie vor allzu begrenzt.

„Die Bevölkerung der EU zählt nun 456 Millionen Menschen, und jeder Vierzehnte der Weltbevölkerung lebt in einem der 25 Mitgliedstaaten“, erklärt **Marcel Reimen**, der **Vorsitzende der EBDD**. „Die Fülle an Informationen, die von der EBDD heute vorgelegt werden, verhilft uns zu einem besseren Verständnis des Ausmaßes, in dem diese Bürger Europas und die Gemeinschaften, in denen sie leben, von der Drogenproblematik betroffen sind. Die Informationen ermöglichen es uns auch, über die Strategien und Maßnahmen nachzudenken, die die Mitgliedstaaten als Antwort auf die komplexe und vielschichtige Herausforderung, die das Problem des Drogenkonsums darstellt, ausgearbeitet haben.“

Die Veröffentlichung des **Jahresberichts 2004** erfolgt nur einen Monat nach der offiziellen Beurteilung der Strategie und des Aktionsplans der Europäischen Union zur Drogenbekämpfung (2000-2004) durch die **Europäische Kommission**. An diesem Prozess war die **EBDD** in entscheidendem Maße beteiligt, indem sie technische Instrumente für die Evaluierung von Daten zu Maßnahmen und für die Analyse der Drogensituation (siehe Pressemitteilung Nr. 6 – „Momentaufnahme“) bereitstellte. Es sei angemerkt, dass der Ausschuss für Grundfreiheiten, Bürgerrechte, Justiz und innere Angelegenheiten des **Europäischen Parlaments** die Ergebnisse des **Jahresberichts 2004** zeitgleich mit der Prüfung einer Empfehlung des **Rates der Europäischen Union** zur „Europäischen Strategie zur Drogenbekämpfung (2005–2012)“ erörtern wird. Die Drogenpolitik der Europäischen Union befindet sich derzeit in einer entscheidenden Phase, denn die politischen Entscheidungsträger legen neue Zielsetzungen und -vorgaben für die Zeit ab 2005 fest.

## **SCHWERPUNKTE DES BERICHTS: NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER DROGENPOLITIK UND DER DROGENGESETZGEBUNG**

In dem heute vorgestellten Bericht wird die Rolle hervorgehoben, die durch Fakten gesicherte Informationen zur Drogenproblematik bei der Entscheidungsfindung spielen können. Nachfolgend werden neue Entwicklungen im Bereich der Drogenpolitik und der Drogengesetzgebung im Jahr 2003 kurz umrissen:

### **Entwicklungen in der EU**

- Juni 2003 – Der Ministerrat verabschiedet eine Empfehlung der Europäischen Kommission zur Prävention und Reduzierung von gesundheitlichen Risiken im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit. Hierbei handelt es sich um die erste Empfehlung der Kommission auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit im Hinblick auf Drogen. Viele Mitgliedstaaten haben die in diesem

Dokument enthaltenen Vorschläge (z. B. die Einführung risikomindernder Initiativen) bereits in ihren nationalen Drogenstrategien berücksichtigt.

- November 2003 – Auf der Grundlage einer gemeinsamen Studie mit der EBDD nimmt die Europäische Kommission eine „Mitteilung über Aktivitäten und Instrumente der Koordinierung im Drogenbereich in der EU“ an. (In der Studie wird Koordinierung als „Integration der verschiedenen Elemente nationaler Maßnahmen zur Drogenproblematik“ mit dem Ziel der „Harmonisierung der Arbeit“ und der „Steigerung der Wirksamkeit“ definiert). In der Mitteilung wird bekräftigt, dass die Koordinierung von entscheidender Bedeutung ist, wenn die EU die vielschichtige Drogenproblematik wirksam angehen will.
- November 2003 – Der Ministerrat beschließt über Kontrollmaßnahmen und strafrechtliche Sanktionen im Zusammenhang mit vier neuen synthetischen Drogen an: 2C-I, 2C-T-2, 2C-T-7 und TMA-2. Diese Drogen sollen in der Folge in den EU-Mitgliedstaaten Gegenstand von Kontrollmaßnahmen und strafrechtlichen Sanktionen werden.
- November 2003 – Der Ministerrat erzielt eine politische Einigung über einen Rahmenbeschluss, der sich gegen Drogenhändler und kriminelle und terroristische Vereinigungen richtet, die ihre illegalen Aktivitäten mit dem Drogenhandel finanzieren. Dieser Beschluss enthält eine gemeinsame Definition des Drogenhandels und empfiehlt Sanktionen für diesbezügliche Straftaten innerhalb der EU. (Dieser Rahmenbeschluss wurde vom Rat am 26. Oktober 2004 angenommen). Europol (2002) schätzt, dass die weltweiten Einnahmen aus dem Drogenhandel 2-5 % des Welt-BIP ausmachen.

### Nationale Politiken

- 22 von 26 Ländern (25 EU-Mitgliedstaaten + Norwegen) haben nun eine nationale Drogenstrategie angenommen. Diese Strategien unterscheiden sich von Land zu Land, weisen jedoch gemeinsame Züge auf (Koordinierung durch nationale Behörden; Fokus auf Lieferung, Beobachtung und Evaluierung; Annahme eines ausgewogenen Angebot-Nachfrage-Ansatzes).
- Die meisten Länder haben einen 3–5 jährigen Zeitrahmen für ihre Strategie festgelegt, andere dagegen haben sich für eine längere Zeitspanne (8–10 Jahre) entschieden. Während manche Länder eine „drogenfreie Gesellschaft“ anstreben, geben andere der Verringerung der negativen Folgen des Drogenkonsums den Vorrang, obwohl in einigen Strategien beide Ziele vermischt sind. Nationale Strategien konzentrieren sich im Allgemeinen auf illegale Drogen, jedoch werden Alkohol und Tabak von einer steigenden Anzahl Länder ebenfalls einbezogen.
- In den letzten Jahren hat sich im Hinblick auf die Drogenproblematik ein koordinierter Ansatz innerhalb der EU konsolidiert (Strategie und Aktionsplan der Europäischen Union zur Drogenbekämpfung 2000–2004). Die künftige Ausrichtung von Maßnahmen im Drogenbereich in der erweiterten EU sowie die Artikulierung von 25 verschiedenen Drogenstrategien unter der Schirmherrschaft der EU werden die Herausforderung für die niederländische EU-Präsidentschaft im Jahr 2004 (Drogenstrategie der EU 2005–2012) und die luxemburgische EU-Präsidentschaft im Jahr 2005 (Aktionsplan der EU 2005–2008) darstellen.

### Nationale Gesetzgebung – neue Entwicklungen

- *Vermögenseinziehung*: **Spanien, Frankreich, Irland, die Niederlande** und das **Vereinigte Königreich** berichten alle über neue Entwicklungen betreffend ihre Befugnisse im Hinblick auf die Einziehung des Vermögens von Drogenhändlern und kriminellen Gruppen. In **Spanien** erleichtert ein neues Gesetz die beschleunigte Übermittlung der für die Identifizierung und Lokalisierung der beschlagnahmten Vermögenswerte erforderlichen Dokumente, um diese in Projekte zur Bekämpfung von Drogennachfrage und -angebot (Prävention, soziale Wiedereingliederung) zu reinvestieren. Das Gesetz erweitert den Kreis der Begünstigten von NRO und nationalen öffentlichen Einrichtungen auf internationale und supranationale Organisationen und ausländische Regierungen.

- *Drogen und Straßenverkehr*: Das Thema des Führens eines Kraftfahrzeuges unter dem Einfluss von Drogen und der Umgang damit bereitet vielen Mitgliedstaaten erhebliches Kopfzerbrechen. Im Jahr 2003 nahmen **Frankreich, Italien, Österreich** und **Finnland** Änderungen vor, um die Gesetzgebung in diesem Bereich zu verdeutlichen und zu stärken; außerdem wurden Blut- und Urintests für Fahrer eingeführt.
- *Cannabisgesetzgebung*: **Belgien** und das **Vereinigte Königreich** berichteten über Änderungen in Bezug auf die gesetzliche Klassifizierung von Cannabis in den letzten Jahren. In **Belgien** wurden neue Straftatbestände eingeführt, sodass ein Erwachsener lediglich eine Geldstrafe erhält und sich bei der Polizei registrieren lassen muss, wenn er wegen Cannabisbesitz für den Eigenbedarf straffällig geworden ist und keine anderen Umstände wie Störung der öffentlichen Ordnung oder problematischer Konsum vorliegen. Jedoch kann für diese Störung bzw. erschwerende Umstände wie Besitz in Anwesenheit von Minderjährigen eine Gefängnisstrafe verhängt werden. Im **Vereinigten Königreich** wurde nach dem britischen Klassifikationssystem eine Neueinstufung von Cannabis und seinen Derivaten von der Klasse B bzw. A in die Klasse C vorgenommen. Das Höchstmaß der Freiheitsstrafe für den Besitz zum eigenen Gebrauch beträgt nun zwei Jahre. In Richtlinien der Polizei wird empfohlen, dass die Festnahme aufgrund von Cannabis-Besitz nur unter bestimmten Umständen erfolgen sollte. Dazu gehört das Rauchen in der Öffentlichkeit und in der Nähe von Minderjährigen.

---

#### Anmerkungen:

Diese allgemeine Pressemitteilung wird ergänzt durch zwei weitere, in deren Mittelpunkt Statistiken und Haupttrends stehen. Die Pressemitteilungen in 20 Sprachen sowie die **Jahresberichte**, das **Statistical Bulletin**, die **länderspezifischen Zusammenfassungen der Drogensituation** und die **nationalen Reitox-Berichte** finden Sie unter <http://annualreport.emcdda.eu.int>

Um Schwierigkeiten wegen zu starken Andrangs auf der Website zu vermeiden, wird die **EBDD** unter <http://emcdda.kpnqwest.pt> eine alternative Website ins Netz stellen, über die der Bericht und die Pressemitteilungen abgerufen werden können.